

Bürgermeisterkonferenz, Bautzen am 16.03.16

Sehr geehrter Herr Landrat,  
sehr geehrte Damen und Herren  
Oberbürgermeister und Bürgermeister,

ich danke Ihnen für die Möglichkeit, als Vertreter der Aktionsgruppe Wolf erstmalig auf dieser regionalen Ebene Standpunkte der Jägerschaft Ost Sachsens zum praktizierten Wolfsmanagement darzulegen.

Die Rückkehr des Großraubtieres Wolf nach Deutschland findet auch 16 Jahre später keine einmütige gesellschaftliche Zustimmung. Das kann niemand verwundern, gibt es doch international kein Beispiel einer ungehinderten, unkontrollierten Wolfsbesiedlung in Kulturlandschaften über längere Zeiträume, die von den Menschen geduldet wurde.

Die mit dem bisherigen dogmatischen Wolfsschutz verbundene Ausbreitung dieses Raubtieres führte zu einer verstärkten Polarisierung zwischen ländlicher und städtischer Bevölkerung und zwischen Nutztierhaltern, Landwirten, Jägern und sog. Tierschützern und Wolfsbefürwortern. Wir teilen die Auffassung vieler Menschen unserer Region, die in der Wolfsrückkehr nicht das Ergebnis einer Erholung der Naturlandschaften sehen, sondern das Resultat des Willens einer Minderheit nicht Betroffener, dem Wolf im Artenschutz um jeden Preis einen dominanten Platz zu sichern, auch unter Androhung drakonischer Strafen.

Wie in historischer Zeit ergeben sich auch heute die Reaktionen der Menschen gegenüber dem Wolf aus der Furcht vor dem Raubtier und seinem Erbeuten von Haus- und großen Wildtieren. Dabei resultiert die Stärke des Betroffenseins aus den persönlichen Erfahrungen, seiner Erziehung und seinem Wertebewusstsein.

Die bisherige apokryphe, religiös anmutende Überhöhung des Wolfes, dem jegliches Geschehen auch im letzten Winkel unserer Kulturlandschaft unterzuordnen ist, kann für eine Koexistenz mit dem Rückkehrer Wolf nicht zielführend sein. Deshalb ist die im Oktober des Vorjahres im Amtsblatt Bautzen zu lesende Forderung von Herrn Landrat M. Harig nach einem politischen Paradigmenwechsel im Umgang mit dem Wolf so nachdrücklich zu unterstützen. Natürlich, die Schäden und Risiken für die Nutztierhaltung sind jetzt schon nicht mehr zu tolerieren, auch nicht mit staatlicher Entschädigung zu bagatellisieren und wegzureden, hat doch die kleinräumige Tier- und insbesondere die Schafhaltung einen großen ökologischen Wert für die Erhaltung unserer Landschaft.

Wir Jäger treten ein für das Recht des Wolfes, als Teil natürlicher Ökosysteme zu existieren, aber mit der Einschränkung, dass eben diese Gebiete nur einen Teil unseres Landes umfassen, der Rest ist Kulturlandschaft.

Seriöse Naturwissenschaftler stellen heute die Frage, wie es zu einem solchen, von Wissenschaft kaum berührten, weltfremden politischen Umgang mit dem Wolf in Deutschland kommen konnte, und wie ist das Ziel dieses Management mit Ethik und Artenschutz zu vereinbaren, wenn das Einbürgern von Großraubtieren in Kulturlandschaften zu einem Instrument menschlichen Leidens, zum Aussterben anderer Wildarten und durch unvermeidbare Hybridisierung mit Haushunden ironischerweise selbst zum Aussterben der einzubürgernden Art des europäischen Grauwolfes führt. Viel vernehmbare und öfter sind, um der Allgemeinheit, der Öffentlichkeit, dem Steuerzahler einen besseren Einblick in die praktizierte Wolfspolitik zu verschaffen, Antworten auf solche Fragen einzufordern wie :

- wieso eigentlich sollte die historische Tradition der Viehhaltung beendet und durch zuge wachsene Weiden ersetzt werden?
- wieso sollte das Leben der Menschen auf dem Lande, die unsere Nahrungsmittel produzieren, behindert und fast unmöglich gemacht werden?
- wieso Verhältnisse akzeptieren, die unsere wilde Fauna verändern?
- was gewinnen die Menschen, wenn Politiker und Behörden ökonomische Ressourcen für völlig unnütze und erschöpfende Projekte ausgeben?

Aus allen verlautbarten Ausführungen zum sächsischen Wolfsmanagement ist keine Antwort auf diese Fragen abzuleiten, - es sei denn, man ist mit einer Mitteilung in der „SZ“ vom 04.02.16 zufrieden, in welcher der Leser in einer einzigen Zeile lapidar erfährt, der Freistaat habe 2014 350.000 Euro in das Wolfsmanagement investiert.

Die Methode hat System - in einer möglichst klein gehaltenen Information derselben Zeitung vom 23.02.16 konnte man von der Attacke eines Wolfsrudels in der Königsbrücker Heide lesen, bei der 64 Schafe und Ziegen getötet wurden. Dagegen konnte man in einem Ganzseitenbericht des „Walliser Boten“, einer Lokalzeitung des Schweizer Kantons Wallis Folgendes lesen:

„Die Präsenz von insgesamt nur 5 Wölfen im Kanton Wallis verursachte schon 2013 Aufwendungen von 250.000 Franken, aufgeschlüsselt in alle Unterkosten. Damit ufert der Aufwand für das Wolfsmanagement aus, für Wölfe, die niemand will und die nur Schaden anrichten, er ist unverhältnismäßig und inakzeptabel“

Auch unsere Befürchtungen über zusätzliche Belastungen der Jagd sind objektiv und wir haben das Recht und die Pflicht, sie öffentlich zu machen, wie das Auslösen des Mufflonwildes, Rückgang der Schalenwildbestände und sinkende Pachtwerte der Reviere.

Das um so mehr, weil wir erkannt haben, es gibt gegenwärtig keine politische Kraft, die sich auch nur ansatzweise ernsthaft mit dem Konflikten der Wolfsausbreitung beschäftigt.

Auch die allgemeine Politikunzufriedenheit vieler Jäger, das jahrelange Verschlafen eines Aufbegehrens gegen eine gezielte, schleichende Erosion der Jagd und ausbleibende Positionen zur unkontrollierten Wolfsausbreitung veranlassten im Jahre 2013 engagierte Jäger, eine Aktionsgruppe Wolf zu gründen, in der seither die Vertreter von 7 ostsächsischen Kreisjagdverbänden, Vertreter des Deutschen Bauernverbandes und der Arbeitsgemeinschaft Jagdgenossenschaften und Eigenjagdbesitzer mitarbeiten. Wir erarbeiteten uns „Grundsätze zum Umgang mit dem Wolf“, leisteten aktive Mitarbeit am vom Deutschen Jagdverband auf dem Bundesjägertag 2015 in Dresden beschlossenen „Positionspapier Wolf“.

Im Januar 2014 übergaben wir eine Petition mit annähernd 10.000 Unterschriften an den Sächsischen Landtag, die bis heute bezeichnenderweise unbeantwortet ist. Etwas später richteten wir eine Petition gegen die unkontrollierte Wolfsausbreitung an den Deutschen Bundestag und an die Europäische Union in Brüssel.

Am 12.11.15 kam es zur Behandlung unserer Petition in Brüssel, in der wie die Forderungen vertraten:

- Überführung der z.Zt. im Anhang IV der FFH-RL gelisteten Deutschen Wölfe (= streng geschützt) in den Anhang V (= günstiger Erhaltungszustand, damit regulierbar).
- Festlegung von territorialen Schutzgebieten für Wölfe, Schutz aller Wildarten und Wahrung der Interessen der Landbevölkerung.
- populationsbezogene Wolfsbestandsbewertung und genetische Differenzierung durch neutrale wissenschaftliche Institutionen,
- Neubewertung der Gefährdung des europäischen Mufflonbestandes durch den Wolf.

Obwohl ich in der Diskussion erkannte, die Konfliktsituation Wolf-Mensch im ländlichen Bereich ist bei den EU-Abgeordneten nur teilweise bekannt, waren wir mit dem Ergebnis unserer Petition zunächst zufrieden. Am 05.04.16 fahren wir erneut nach Brüssel, um die Gespräche weiter zu führen.

Wir wissen, mit der heutigen Bestandsgröße ist der Wolf weder in Europa, noch in Deutschland, in seiner Existenz bedroht, eine Tatsache, die schon seit langem von der Internationalen Naturschutzorganisation IUCN bestätigt ist, aber zielgerichtet verschwiegen wird. Die Bestandsgröße der Wolfspopulationen ergibt einen günstigen Erhaltungszustand und eine langfristige Überlebensgarantie des Wolfes.

Diesem Tatbestand widersprechend, wird der Bestand an Wölfen in Deutschland weiterhin als „stark gefährdet“ bewertet. Die wissenschaftlichen Forschungsergebnisse der letzten Zeit in Polen, Dänemark, ja selbst vom Senckenberg-Institut in Gelnhausen, erbrachten den Beweis – die Wölfe in Deutschland sind entgegen bisheriger Annahme weder eine eigenständige Population, sie leben nicht isoliert, sondern bilden den westlichen Rand der großen nordost-europäisch-baltischen Population, in die Zuwanderung und genetischer Austausch regelmäßig stattfinden.

Damit entspricht schon die Anwesenheit von nur 250 adulten Tieren den Anforderungen der IUCN an einen „günstigen Erhaltungszustand“. In einer Expertenanhörung am 26.02.15 im Sächsischen Landtag wurde der genetische Nachweis dafür erbracht.

Aber – immer noch halten heute LUPUS-Institut und Naturschutzbund an dem Konstrukt einer „Mitteleuropäischen Flachlandpopulation“ fest, und offenkundig strebt man eine selbstdefinierte Wolfspopulation an, um damit den strengen Schutzstatus des Wolfes noch längerfristig zu begründen.

Damit ist das bisherige Wolfsmanagement keine brauchbare Strategie mehr, ein weiterer Totalschutz kann nicht mehr die richtige Lösung sein. Wir brauchen andere, konstruktive Maßnahmen durch die Einordnung der Ergebnisse der Wildforschung und praktischer Jagdausübung in partizipativen Prozessen.

An dieser Stelle sei eine Bitte der Mitglieder unserer Aktionsgruppe an Sie, verehrte Anwesende erlaubt: laden Sie, viel stärker als bisher und regelmäßig, auch Jäger der örtlichen Pächtergruppen, der Hegeringe und Jagdgenossenschaften in eine Beratung Ihrer Volksvertretungen ein. Eine bessere Information ergibt ein besseres Problemverständnis und sachkundigere Entscheidungsfindung. Und mit den Möglichkeiten Ihrer lokalen Gemeinde-, Informations- und Amtsblätter sollte es dabei gleichzeitig besser gelingen, die Bürger zu informieren und ein intensiveres Gespräch zu führen; bezogen auf die schwindende Balance zwischen Städten und den ländlichen Gebieten durch die Ideologie der Großurbanisierung und der damit reduzierten Vitalität und dem Selbstwertgefühl ihrer Bewohner erscheint das als ein politisches Gebot.

Wir Jäger widersprechen auch einem Alleinvertretungsanspruch von Naturschutzorganisationen gegenüber Wildtierarten, da Jagd und Naturschutz grundsätzlich mit dem Schutz und der Erhaltung der biologischen Vielfalt die gleichen Aufgaben haben. Insofern tolerieren wir nicht einen doktrinären Ökologismus, der den Menschen vorschreibt, wie sie mit der Natur umzugehen haben und in welchem Verhältnis dazu ihre sozialen und wirtschaftlichen Interessen stehen dürfen. Es sollten weitere jagdpolitischen Entscheidungen nur durch wissenschaftliche Kompetenz unter aktiver Einbeziehung Betroffener, d.h. von Landwirten, Tierhaltern, den Grund- und Jagdrechtsinhabern erfolgen.

Aber insgesamt fragen wir, was muss in unserem Land noch geschehen, damit langsam das Verständnis einsetzt, das die Kombination von Großraubtier Wolf und dichtbesiedelter Kulturlandschaft zwingend zu heftigen Konflikten führt, die sich mit der abzusehenden weiteren rasanten Zunahme der Wölfe ebenso rasant intensivieren werden.

Wenn K. Adenauer in seiner letzten öffentlichen Rede vor genau 48 Jahren in München sagte: „Wenn jemand Schlafende aufweckt, damit sie aufpassen, dann ist der Betreffende kein Störenfried! Ich sage euch, seid wach, auch in den kommenden Jahren!“ - dann sagen wir heute - wir brauchen einen völlig anderen Ansatz im Umgang mit dem Beutegreifer Wolf, nicht nur in einer sorgfältigen Abwägung, wo und in welcher Dichte der Wolf leben kann und soll, nein, auch seine Regulierung ist, sofern seine Artexistenz nicht gefährdet wird, eine Selbstverständlichkeit.

Das sind die Aufgaben und Ziele, die in einem Wolfsmanagementplan zu stehen hätten, wollte man gesundem Menschenverstand in internationalen Standards und den Erfahrungen der Länder, die ununterbrochen jahrhundertlang den Umgang mit dem Wolf bewältigten, folgen.

In diesem Sinne suchen wir nach einer Konfliktbewältigung auf der Grundlage der Akzeptanz der Bevölkerung, der betroffenen Menschen.

Dr. A.With

.